

GERD MEYER (Tübingen)

SOZIALISTISCHER PATERNALISMUS IN DER ÄRA HONECKER -
LEBENSWEISE ZWISCHEN SOZIALER SICHERHEIT UND POLITISCHER
BEVORMUNDUNG

Nach dem demokratischen Umbruch im Herbst 1989 und den Wahlen im Frühjahr 1990 ist die Frage, wie Gegenwart und Zukunft der DDR-Gesellschaft im Übergang zu einem vereinten Deutschland zu gestalten sind, drängender und wichtiger als alle anderen. Dennoch: will man die Probleme von heute und morgen verstehen, muß man versuchen Antworten zu finden auf die Frage, wie diese Gesellschaft in der Vergangenheit "funktioniert" hat, warum sie relativ stabil und doch im Inneren zutiefst widersprüchlich und brüchig war. Herrschaftssystem und politische Kultur der DDR in der Ära Honecker sollen zu diesem Zweck in zentralen Aspekten skizziert werden. In einer Mischung aus wissenschaftlicher Analyse und Essay will ich einige herrschaftskritische Thesen zum sozialistischen Paternalismus als der DDR-Variante bürokratischer Herrschaft entwickeln. Das Manuskript wurde Ende September 1989 abgeschlossen und berücksichtigt daher nicht die aktuelle Entwicklung seit dem Umbruch im Herbst 1989. Heute liest sich dieser Text sicher anders als damals; dennoch, so hoffe ich, trägt er zu einem kritischen und ausgewogenen Urteil über die "Ära Honecker" bei.

Politische Rahmenbedingungen: bürokratische Herrschaft und paternalistische Machtausübung

Auf der Grundlage des bürokratischen Herrschaftssystems hat sich in der DDR seit Beginn der 70er Jahre der sozialistische Paternalismus als Strategie konservativen Systemmanagements verstärkt entwickelt. Vor allem seit dem VIII. Parteitag der SED 1971, im Zuge der Realisierung der "Hauptaufgabe" bei der "Gestaltung des entwickelten Sozialismus" und gestützt auf die Leitformel der "Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik", bildete sich der sozialistische Paternalismus der SED als systemspezifische Strukturvariante bürokratischer Herrschaft in der zweiten Phase der Industrialisierung ("wissenschaftlich-technische Revolution", "Intensivierung der Produktion") heraus. Vor allem eine umfassende Fürsorgepolitik ("soziale Sicherheit und Geborgenheit") von Staat und Partei, die Ausweitung integrativer politischer Partizipations- und Identifikationsangebote und die Duldung loyalitätssichernder Arrangements zwischen Bürgern und Machtelite kennzeichnen diese Strategie flexibel-autoritärer Systemstabilisierung mit "wohlfahrtsstaatlichen" Zügen. Sie soll nicht nur die Ziele des

Parteiprogramms einlösen, sondern auch Motivations-, Leistungs- und Legitimationdefizite des politischen Systems, die wachsenden Konfliktpotentiale und den Reformdruck in dieser sozialistischen Industriegesellschaft bewältigen helfen.

Das *bürokratische Herrschaftssystem* der DDR ist nach wie vor (Herbst 1989) gekennzeichnet

- durch einen profunden Mangel an Demokratie in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen;
- durch die Herrschaft einer Bürokratie, die die gesamtgesellschaftliche Entwicklung, die "sozialistische Lebensweise" der Bevölkerung und die öffentliche Kommunikation nach ideologischen Vorgaben und auf der Basis einer zentral gesteuerten Planwirtschaft ausgestalten will.

Bürokratische Herrschaft in der DDR weist folgende *Strukturmerkmale* auf-

1. Politische Führung, politisch angeleitete Verwaltung, Weisungen und Kontrolle in zentralen Fragen werden zu abgesonderten Funktionen, die auf Dauer mehr oder minder exklusiv von einer privilegierten Minderheit wahrgenommen werden. Zu beobachten ist eine *extrem ungleiche Verteilung und eine sehr hohe Konzentration ökonomischer, politisch - administrativer und kulturell - normativer ("ideologischer") Verfügungsgewalt bei der Bürokratie.*
2. *Bürokratische Herrschaft* beruht insbesondere auf der Verfügungsgewalt
 - a) über *Produktionsmittel* (ohne formelle Eigentumstitel!), über *fremde Arbeitskraft*, Arbeitsbedingungen und -produkte (insbesondere das *Mehrprodukt*), über den Verwaltungsapparat im ökonomischen Bereich und nicht zuletzt die Bestimmung der Richtlinien der *Wirtschaftspolitik*;
 - b) über die *staatlich organisierte Zwangsgewalt*, insbesondere über Repressionsorgane wie Armee, Polizei, Geheimdienst und Justiz;
 - c) über *Auswahl und Einsatz von Personen* in allen leitenden Stellungen durch eine umfassende *Kaderpolitik* und informelle Kooptationen;
 - d) über politisch relevante *Informationen* und die für die Herrschaftsausübung erforderlichen *Kommunikationsnetze und Organisationsapparate.*
3. *Bürokratische Herrschaft ist gekennzeichnet durch eine besonders hohe Autonomie der politisch - administrativen Steuerungszentren gegenüber der Gesellschaft.* Die Konzentration letztinstanzlicher Verfügungsgewalt erfolgt in der Form einer *Herrschaft der vereinigten Exekutiven* von Partei, Staat und einigen Massenorganisationen.

Die Verselbständigung der Beauftragten gegenüber den Auftraggebern geht einher mit Herrschaftsstrategien permanenter Mobilisierung, manipulativer Integration und distributiver Pazifizierung der Beherrschten, faktisch verbunden mit politischer Apathie und der Trennung von Öffentlichem und Privatem. Bürokratische Herrschaft

wird "flächendeckend" wirksam in der Ansprache und angestrebten "Organisierung" nahezu aller sozialen Gruppen, von Berufs- und Freizeitinteressen, von politischen und Bildungsaktivitäten der Bevölkerung in den Mitgliedsorganisationen der *Nationalen Front*. Daraus resultiert ein besonders hohes Maß an politisch - administrativer Durchdringung oder mindestens "äußerer Formierung" der Gesellschaft, an Reglementierung und in diesem Sinne: an Politisierung des öffentlichen und persönlichen Lebens.

Auch eine beschränkte Partizipation in Form eines konsultativen Autoritarismus und eines bürokratischen Elitenpluralismus ändern kaum etwas daran, daß *den Beherrschten nur wenig Selbst- und Mitbestimmung gewährt* werden. Typisch für bürokratische Herrschaft sind die extrem geringe Fähigkeit der Beherrschten, ihre Interessen autonom und pluralistisch zu organisieren, die Herrschenden zu kontrollieren oder gar abzuwählen, also Konflikte aller Art auf der Basis eines Rechtsstaates und eines demokratisch - sozialistischen Grundkonsens öffentlich auszutragen. *Politischer Beratungs- und Entscheidungsprozeß, Interessenausgleich und Konfliktaustrag sind wesentlich in die Bürokratie hineinverlegt*, (vgl. dazu genauer Meyer 1977, Kap. 2.3)

Das politische System der DDR verdankt seine relative Stabilität i.S. institutioneller Herrschaftssicherung aber nicht nur traditionell autoritären Strukturen, sondern auch, und dies verstärkt seit 1971, einem begrenzten politischen Wandel im Sinne einer "Öffnung" der Herrschaftsapparate hin zur Gesellschaft. Dabei handelt es sich um einen Prozeß politischer Differenzierung, nicht umfassender Demokratisierung. Struktur und Wandel dieser politischen Rahmenbedingungen hat der Verfasser an anderer Stelle ausführlich dargestellt (1977, 1979, 1988, 1989 a,b).

In diesem Kontext ist nun zu fragen: Welche *typischen öffentlichen Interaktionsmuster* haben sich zwischen herrschender Bürokratie (an ihrer Spitze die Machtelite, also vor allem das ZK der SED und sein Politbüro), leitenden Kadern, sozialen Gruppen und Individuen im Gefolge des Paternalismus und "relativ sicheren Versorgtseins" in der politischen Kultur der DDR herausgebildet?

Dabei verstehe ich unter politischer Kultur vor allem die "subjektive Dimension der Politik", also die politisch relevanten Wertorientierungen, Einstellungen, Meinungen und Verhaltensweisen der Bürger. Um sie zu verstehen, muß man sie aber mit den "objektiven" Strukturen und Prozessen der Politik in Beziehung setzen: Machtstrukturen, vorherrschende Normen und ideologische Vorgaben, Institutionen und das Handeln der Machtelite in verschiedenen Politikfeldern ("policies"), politische Traditionen, der Wandel der Sozialstruktur und die objektiven Lebensbedingungen. Politische Kultur ist dann als Interaktionsgeflecht von subjektiven und objektiven Momenten des gesellschaftlich-politischen Prozesses zu begreifen.

Im Rahmen bürokratischer Herrschaft wird politisch-administrative Macht von der SED-Führung paternalistisch, d.h. hier: mit väterlicher Autorität und Sanktionsgewalt, mit Strenge und mindestens subjektivem Wohlwollen zugleich ausgeübt. In letzter Instanz entscheiden die Machtelite, die vereinigten Exekutiven von Partei und Staat "fürsorglich und verantwortlich", im Stile eines kollektiven Hausvaters alle wichtigen politischen Fragen. Der sozialistische Paternalismus ist eine Herrschaft "für das Volk", nicht "durch das Volk", und erst Jahre nach dem Bau der Mauer auch teilweise "mit dem Volk". Die Bürokratie gewährt größere und kleinere Freiheiten - abgestuft und auf Widerruf. Es gibt Konjunkturen "der Liberalität", aber keine "Demokratisierung". Seit vier Jahrzehnten beobachten wir dieses Wechselspiel von Repression und Toleranz - je nach Situation, Adressaten und Bedarf. Die Bürger können Forderungen, politisch begründete Ansprüche und gewachsene Rechte gegenüber der kaum kontrollierbaren, übermächtigen Bürokratie weder in einem rechtsstaatlichen Verfahren noch auf der Basis eigener, unabhängiger Gegen-Macht durchsetzen. Die SED-Herrschaft ist dennoch keine Diktatur primär auf der Basis von Terror oder polizeilicher Willkür. Sie ist autoritär, aber nicht totalitär. Die Bürger sind politisch und sozio-ökonomisch nicht einflußlos; in wichtigen Fragen muß die Bürokratie auf ihre Wünsche oder auf ihren Unmut Rücksicht nehmen. Aber im ganzen bleibt die Bürokratie "Herr im Hause" (die internationalen Abhängigkeiten einmal außer Acht gelassen). "Zum Wohle des Volkes" will sie in vielen Funktionen beitragen: als Versorger und Lenker, als Lehrer und **Schützer** der Massen **zugleich**. Die **Bürger** bestimmen im **politischen** und ökonomischen System der DDR **nicht** selbst das **generelle** Niveau der Bedürfnisbefriedigung. Dort wird vielmehr für sie entschieden, wie sie "verantwortlich" versorgt, betreut und zu ihrem Besten angeleitet werden (sollen). Niemand bleibt sich selbst überlassen. Die große Mehrzahl der DDR-Bürger, die **ich sprach**, fühlt **sich** materiell "**recht** und **schlecht**" versorgt von "Vater Staat", aber **auch** bevormundet und abhängig.

"Mutter Partei" (L. Fürnberg) und "Vater Staat" wissen grundsätzlich, was gut ist für die Bürger. Ein ausgeprägter, ideologisch begründeter **Pädagogismus** ist die Folge. Partei und Staat definieren Werte und stellen Normen auf für nahezu alle Bereiche sozialen Handelns. Ständig werden Leitbilder und "Perspektiven" entwickelt, Aufgaben festgelegt und Aufträge vergeben. Die Parteiführung weiß, wie etwas richtig oder besser

zu machen ist. Von väterlicher Milde und Verständnis bis hin zur kühlen Demonstration der Macht durch Drohung und Strafe reicht das Arsenal "erzieherischer Maßnahmen", die die Obrigkeit als selbsternannter Wächter der "Prinzipien und Ideale des Sozialismus" anwendet.

Grundlage und Folge dieser paternalistischen Machtausübung ist jene "Subalternität", die Rudolf Bahro so eindringlich als objektive Struktur und als Mentalität, die das soziale Gesamtverhalten prägt, beschrieben hat. Dies scheint sich aber in den letzten Jahren langsam zu ändern: viele Bürger entwickeln mehr Selbstbewußtsein gegenüber den Behörden; es gibt mehr "halb öffentliche" Kritik mindestens in Einzelfragen. Die Bürger betonen ihre Ansprüche und lassen sich - weniger denn je - "einfach alles gefallen". Sie fragen nach und fordern Begründungen; sie nehmen dort, wo nicht grundsätzlich Abwehr oder Resignation vorherrschen, die sozialistischen Staatsdiener und Parteifunktionäre beim Wort. In etlichen Erzählungen erschienen mir DDR-Bürger ihre Anliegen mutiger, eigenständiger und nachdrücklicher als früher gegenüber ihren Oberen zu verfolgen.

Ansätze zu einer Ausweitung individueller Rechte und Einflußmöglichkeiten gegenüber der Verwaltung zeigen interne Diskussionen (und erste praktische Ansätze z.B. bei der Neuregelung von Westreisen 1989) zur Einführung von Verwaltungsgerichten und eines Verwaltungsverfahrenrechts, zur Verbesserung des Eingabewesens und zu einer verstärkten Beteiligung (also nicht mehr nur: "Einbeziehen") der Bürger, mindestens in der kommunalen Politik. In der jüngsten staatswissenschaftlichen Diskussion in der DDR wird zunehmend nach dem Bürger als Subjekt, nach seinen Rechten und Einflußchancen gefragt. Umgekehrt wird die mangelnde Bürgernähe und Qualität der Arbeit des Staatsapparats mehr oder weniger offen kritisiert. Auch zeichnet sich eine vorsichtige Öffnung der DDR in der internationalen Diskussion um Menschenrechte in Ost und West ab.

Die sozio-ökonomische Basis: Fürsorgepolitik zwischen Gleichheit und Differenzierung

Die "stetige Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes", "soziale Sicherheit und Geborgenheit", "alles für das Wohl der arbeitenden Menschen" lauten die Slogans der offiziellen Selbstdarstellung der umfassenden Fürsorgepolitik von Staat und Partei: "Von der Wiege bis zur Bahre" sorgen sie für die Bürger in nahezu allen Lebensbereichen.

Einkommen, Konsum, Dienstleistungen aller Art;

- Arbeitsplätze, -bedingungen und -Organisation;

soziale und physische Sicherheit, Kultur, Sport, Freizeit - Infrastruktur, Gesundheit/Erholung;

Erziehung/Bildung/berufliche (Weiter -)Qualifikation;

politisch - gesellschaftliche Organisation, staatliche Planung und Verwaltungsdienste, politische und ideologische Lenkung der Gesellschaft etc..

Das erreichte Maß relativer Wohlfahrt (aber auch indirekt die vielfältigen Versorgungsmängel) sind quantitativ, anhand objektiver Indikatoren statistisch gut erfaßt und dokumentiert (vgl. z.B. "Zahlenspiegel" 1988; Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1987, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn). Qualitativer und quantitativer Umfang, Dichte, Niveau und Kontinuität dieses umfassenden Leistungsangebots verleihen der DDR weithin den Charakter eines paternalistisch - autoritären "sozialistischen Wohlfahrtsstaates" (ohne daß man den westlichen Begriff des "welfare State" einfach übertragen könnte).

Ausrichtung und Umsetzung dieser Fürsorgepolitik sind zunächst gekennzeichnet durch eine **zentral geplante und gesteuerte, paternalistische Bedürfnisregulierung**: Die Bürokratie ermittelt und bestimmt den Bedarf, entscheidet über die Grundsätze der Verteilung und organisiert die Zuteilung. So werden nicht nur vorhandene Bedürfnisse und Lebensgewohnheiten reproduziert, sondern auch Wertorientierungen, Lebenspläne und Entfaltungschancen von Individuen und Gruppen nachhaltig vorgeprägt. Politik und Ideologie definieren legitime Ansprüche und - mindestens indirekt - Lebensstile der Menschen. "Sozialistische Persönlichkeits- und Bewußtseinsstrukturen" sollen so durch aktive Politik und kontrollierte Alltagspraxis verankert werden. Die paternalistische Fürsorgepolitik (die SED spricht lieber von "sozialistischen Errungenschaften" oder den "Vorzügen des Sozialismus in der DDR") gewährleistet zunächst eine egalitäre Befriedigung vor allem der wichtigsten materiellen Grundbedürfnisse und ein hohes Maß an sozialer Sicherheit.

Die niedrigen Preise für Grundnahrungsmittel und Kantinenessen, für Mieten und Transport, für Kinderbetreuungs- und Freizeiteinrichtungen, kostenlose Bildung und Gesundheitsdienste etc. sind jedoch nur durch ständig steigende **Staatssubventionen** zu finanzieren. Diese hoch subventionierte Verteilungspolitik ist schon seit langem unter vielen Bürgern der DDR, und nun indirekt auch in der Öffentlichkeit, finanz-, wirtschafts- und sozialpolitisch umstritten. Sie wird aber von der SED-Führung nicht zur Disposition gestellt (vgl. J. Kuzcynski, ND vom 22.12.1988 und 28.1.1989; O. Reinhold, ND vom 14.2.1989). Eine Beobachterin der "ZEIT" charakterisiert die Meinung der Bevölkerung so:

"Es ist absurd: Die Regierung will ihrer Bevölkerung weiter die Sicherheit des Arbeitsplatzes, die niedrigen Mieten, die niedrigen Preise für Grundnahrungsmittel erhalten. Sie erfüllt Forderungen der frühen Arbeiterbewegung.

Viele der so Beschenkten würden aber inzwischen gern darauf verzichten, wenn dies zu effektiverem Wirtschaften, zu besseren Wohnungen, zu mehr ökologischem Denken führen würde, und dazu, daß die Menschen für ihr Geld besser einkaufen könnten." (DIE ZEIT, 7.4.1989, S.4)

Im Bereich der sozialen Leistungen ist der DDR-Bürger durch ein sehr dichtes **soziales Netz** in der Regel materiell mindestens auf einem bestimmten Basisniveau nahezu völlig abgesichert und versorgt. Ein hohes Maß an Chancengleichheit unabhängig von sozialer Herkunft und Geschlecht gibt es für den Zugang zu allgemeiner und beruflicher Bildung bzw. für den Aufstieg bis in mittlere Leitungspositionen. Typisch für die paternalistische Fürsorgepolitik ist u.a. ein umfangreiches Netzwerk von Betreuungseinrichtungen und Fördermaßnahmen vor allem für Familien (speziell für berufstätige Mütter), Schichtarbeiter und Ältere. Noch spezifischer in der politischen Absicht ist ein zielgruppenspezifischer Pragmatismus (J. Herdin) in der Zuweisung bestimmter Gratifikationen an "besonders wichtige" Bevölkerungsgruppen (z.B. gestufte Eliteprivilegien; Bevorzugung der Sicherheitsorgane; seit 1971 Einkommenserhöhungen für Ärzte, Lehrer, Hochschuldozenten; mehr Jugerfticlubs, seit 1986 Musik-Jugendsender DT 64). Umgekehrt kann der DDR-Staat, ganz anders als in der BRD, Zuweisung oder Entzug solcher Gratifikationen (z.B. Wohnungen, Studienplätze, Leitungspositionen, Reisegenehmigungen) auch zu politischen Zwecken (als Lockmittel, Druck oder Strafe) individuell gezielt einsetzen. Die andere Seite solcher Fürsorgepolitik zeigt sich darin, daß die Bürokratie gegenüber dem abhängigen Bürger über ein umfassendes Spektrum von Sanktionen verfügt, die sie ggf. auch gebündelt einsetzen kann.

Die offizielle politische Kultur: Leistungen, Loyalität und inszenierte Kommunikation

Zum sozialistischen Paternalismus der DDR gehören bestimmte öffentliche Kommunikationsmuster als Vermittlungs- und Präsentationsformen von Politik. In diesem bürokratischen Herrschaftssystem bestimmen Staat und Partei zunächst den Rahmen und die "Spielregeln" öffentlicher Kommunikation, die institutionellen und materiellen Bedingungen, unter denen sich Bürger öffentlich, zumal organisiert, äußern können. Die Machtelite verfügt über den Zugang zu statistischen Daten, Informationsdiensten und Massenmedien der DDR. Partei und Staat legen die Grenzen der Kritik wie der Formulierung von legitimen Ansprüchen ihnen gegenüber als "Versorger" und "Gesellschaftslenker" fest. Die Machtelite entscheidet dann paternalistisch, inwieweit sie unter den gegebenen Bedingungen auf das Gewünschte eingehen will. Die paternalistische Bürokratie verkündet schließlich ihre Entscheidungen und erläutert ihr "korrektes Verständnis". Eine riesige Maschinerie für Agitation und Propaganda soll die paternalistische Fürsorgepolitik, die gemeinsamen Leistungen von Bürokratie und Volk und damit

das "sozialistische Vaterland" ins rechte Licht setzen. Die Bürokratie kann nicht zur kontroversen Auseinandersetzung oder zum ehrlichen Argument *gezwungen* werden. Die Machtelite spricht im Grunde "von oben herab" und hat meist das letzte Wort.

Nicht zuletzt legt die Bürokratie paternalistisch fest, wer wann und wie Zugang zu ihr haben soll, und wie sie mit der Bevölkerung direkt oder indirekt kommunizieren möchte. Die vorherrschende Praxis kennzeichnet erstarrte Formen inszenierter Kommunikation: Die Partei- und Staatsführung begegnet dem Volk nur in sorgfältig inszenierten Treffen; sie sind bis ins Detail durchgeplant und werden streng nach den entsprechenden Vorgaben durchgeführt. Nichts wird dem Zufall überlassen: Wer was zu wem sagt, ist insbesondere für die ausgewählten "Vertreter der Werktätigen", vorher genau abgesprochen. "Meetings" werden arrangiert, die Oberen setzen sich in Szene - eine Mischung aus ernst gemeintem Herrschaftsritual und Theater, in dem wohl alle wissen, was gespielt wird. Nur selten verlassen die Akteure ihre Rollen, um Personen zu sein: Ihre Sprechermasken sind unerläßliches Requisit für die (durchschaubar gewordene) Mythisierung der "Halbgötter" im Politbüro - modern und anachronistisch zugleich. In den Medien aber werden diese Inszenierungen als persönlich geprägte Kommunikation von Individuen dargestellt: die Bürger bekunden "persönlich" den hohen Partei- und Staatsfunktionären ihre "aufrichtige und uneingeschränkte" Unterstützung, und diese wiederum versichern sich ihrer Akzeptanz. Wohl eher äußerlich bekundete als echte "persönliche Dankbarkeit" und Hochschätzung, ritualisierte Loyalitätsbekundung und Leistungsverpflichtungen prägen den Stil des Austauschs der Bürger mit Vertretern der Obrigkeit. In Wahrheit entsteht jedoch nur eine weithin oberflächliche und unehrliche Gemeinschaftlichkeit von Herrschenden und Beherrschten.

Häufig und ausführlich, in umfangreichen Bilanzen und mit viel Pathos, wird in den DDR-Medien auf die *"Vorzüge des Sozialismus"* (früher "sozialistischen Errungenschaften") der DDR, insbesondere auf die Leistungen der Sozialpolitik seit 1971 hingewiesen. Die Bürger sollen sich als Frucht ihrer eigenen Arbeit, aber auch dank staatlicher Fürsorge wohl fühlen in ihrem Staat. So entsteht ein Beziehungsgeflecht von einander verpflichteten Gebern und Empfängern: "Es lohnt sich, etwas zu leisten." Herrschafts- und Integrationsfunktionen der Sozialpolitik sollen so in den Hintergrund treten. Die seit 1971 propagierte "Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" fungiert in den Massenmedien als *ökonomischer Leistungsanreiz, psychologisches Mobilisierungsinstrument und politisches Legitimationsargument*. Doch anders als früher werden weniger ideologisch-abstrakte Bekenntnisse zur Politik der Partei abgelegt, als konkrete Leistungen des Paternalismus und die immer besseren Möglichkeiten zur Entfaltung der Persönlichkeit (z.B. in exemplarischen Portraits) angeführt. Zunehmend wird das rationale Moment von Leistung und Gegenleistung, zwischen Führung und Volk betont. Allerdings wird das paternalistische Handeln der Bürokratie auch noch allzu oft zur glückbringenden Wohltat überhöht.

Paternalistisch an dieser Sozialpolitik ist auch ihr ambivalenter Charakter als persönlicher Leistungsanspruch und als staatliche Belohnung: Sozialpolitische Leistungen werden einerseits als individuelles Recht und als eine Art der kollektiven Entlohnung nach Maßgabe der erbrachten Arbeit dargestellt; andererseits werden sie faktisch als Belohnung für Geleistetes oder als Ansporn für mehr Leistung, als Anerkennungs- oder Stimulierungsgabe eingesetzt. Neben den sozialistischen Gratifikationen soll ein ausgefeiltes Belohnungssystem zur öffentlichen Motivation und individuellen Identifikation beitragen. Orden und Medaillen, Auszeichnungen und Ehrungen, Urkunden und Feiern, Wandtafeln und vor allem Prämien "für die Besten" ergießen sich über mehr oder weniger sorgfältig ausgewählte Bürger und Kollektive. Sie lassen sich unmittelbar Publicity-trächtig umsetzen, eine Art stolzer Hochstimmung wird erzeugt. Lob und Feier sollen Sinn und Gemeinschaft stiften. Im Grunde aber ist es oft eine Dankes- und Untertanenhaltung, die beim DDR-Bürger von Partei und Staat abverlangt und, mindestens verbal und nach außen hin, auch gezeigt wird. Die Bekundung von Lob und Dankbarkeit gerät jedoch oft genug zum Ritual.

Fassen wir zusammen: *Paternalistische Kommunikation in der DDR ist also asymmetrisch, kontrolliert und nicht prinzipiell kontrovers. Oft genug handelt es sich um eine inszenierte Kommunikation der Herrschenden zu den Massen, um Arrangements zustimmungspflichtiger Politikvermittlung.*

Einstellungen der DDR - Bürger zum Paternalismus

Welche Perzeption, welche typischen Einstellungen und Verhaltensweisen entwickeln die Bürger zur Fürsorgepolitik von Staat und Partei? Wie wirkt sich relativ sicheres Versorgungsein in der politischen Kultur der DDR aus? Diese Fragen sind anhand der zugänglichen Materialien nur ansatzweise in einzelnen Aspekten und Hypothesen zu beantworten.

Meine These: Die paternalistische Fürsorgepolitik erhöht einerseits die Akzeptanz "des Systems", Herrschaftssystem und -praxis rufen andererseits Distanz hervor. Der Paternalismus schafft politisch-sozialen Frieden "von oben", aber auch zahlreiche Widersprüche in der Gesellschaft; er wirkt gleichermaßen integrativ und desintegrativ.

Nach Meinung vieler Analytiker und Gesprächspartner dürfte sich die Mehrheit der DDR-Bevölkerung (bis zum Herbst 1989!) an einigen allgemeinen Wert- und Ordnungsvorstellungen orientieren, die eine überwiegende positive Grundeinstellung zur Sozialpolitik der DDR begründen:

- a. Die Bürger sind vor allem an einer im Alltag spürbaren *Verbesserung des Lebensstandards und der Lebensqualität* interessiert. Der Staat soll Verantwortung übernehmen für eine wohlfahrtsstaatliche Daseinsfür- und **-Vorsorge**. Er muß - durchaus in der Tradition der Bismarckschen Sozialgesetzgebung - mindestens die materiellen Grundbedürfnisse erfüllen und die soziale Sicherheit aller Bürger (Ren-

ten!) gewährleisten.

- b. **Gleichheit und soziale Gerechtigkeit**, mindestens aber Chancengleichheit für eine individuell und sozial differenzierte Entfaltung unterschiedlicher Lebensstile und Aufstiegspläne haben einen hohen Rang in der Werteskala der Bürger. Die DDR-Bürger wollen eine leistungsgerechte Bezahlung und eine Differenzierung von Lebensniveaus, (aber keine ungerechtfertigten Privilegien!) als Lohn für qualifizierte Arbeit; wichtig sind schließlich befriedigende menschliche Beziehungen am Arbeitsplatz und günstige Rahmenbedingungen, "gute Arbeit" nach professionellen Standards leisten zu können.
- c. Das bürokratische Herrschaftssystem, die ständige Bevormundung der Bürger, die schönfärberische Selbstdarstellung der SED werden zumeist abgelehnt. Zugleich aber wird eine **ordnende und aktiv gestaltende Rolle "eines demokratischen Staates"** in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft befürwortet. Bedingung ist jedoch, daß vor allem politische und persönliche Freiheitsrechte, aber auch ökonomische und soziale Menschenrechte verwirklicht würden.

Nicht weniger dringlich als die volle Realisierung von Freiheitsrechten und Rechtsstaatlichkeit, insbesondere der Meinungs- und Pressefreiheit sowie der vollen Freizügigkeit, erscheinen wohl vielen DDR-Bürgern Wirtschaftsreformen. Davon erwartet man sich nicht nur mehr Effizienz und wissenschaftlich-technische Innovationen, sondern vor allem eine bessere Versorgung mit Konsumgütern, kürzere Arbeitszeiten und mehr Qualität in den sozialen und anderen Dienstleistungen, z.B. im Gesundheitswesen, nicht zuletzt auch eine bessere Umwelt. Viele meinen, eine demokratische Wirtschaft und Politik solle "auf einer grundsätzlich sozialistischen Basis" erfolgen, d.h. "Freiheit von Ausbeutung durch das Kapital" bzw. "besitzende Klassen", Vorherrschaft von Gemeineigentum in den Schlüsselbereichen der Wirtschaft und "gerechter Ausgleich sozialer Interessen". Es gibt wohl weithin Sympathien für einen (eventuell nur diffus definierten) "demokratischen Sozialismus", z.T. anknüpfend an aktuelle (und frühere) demokratische Reformansätze in Osteuropa, aber auch an sozialdemokratische Traditionen und Vorstellungen im Westen.

Diese politischen Grundorientierungen stellen eine entscheidende Basis für die weitgehende Akzeptanz, ja Selbstverständlichkeit der vielfältigen Leistungen der Sozialpolitik und des hohen Maßes an sozialer Sicherheit für die DDR-Bürger dar. Insgesamt dürfte wohl folgende Haltung vorherrschen: "Die Mächtigen, die Behörden tun eigentlich nur ihre Pflicht, wenn sie für die Bürger sorgen; und sie verteilen ja doch nur das, was wir, die Werktätigen, zuvor erarbeitet haben; und dies geschieht nicht immer so effizient und gerecht, wie wir es uns wünschen". Die sozialpolitischen Leistungen des SED-Staates werden wohl beim Volk gesehen und anerkannt. "Eigentlich geht es uns doch in dieser Hinsicht ganz gut", meinen nicht wenige DDR-Bürger, wenn sie in

Ruhe nachdenken. Als Ergebnis langjähriger politischer Sozialisation und Lebenspraxis im "realen Sozialismus" gelten sie jedoch weithin als selbstverständlicher Besitzstand, und nicht als besondere Leistung oder gar als Wohltat der Bürokratie, für die man dankbar zu sein hätte. Nüchtern und nicht ohne Stolz auf das mühsam und kollektiv erarbeitete Lebensniveau der Gesellschaft werden die Leistungen der Sozialpolitik insgesamt positiv gesehen und zum eigenen Vorteil genutzt.

Versorgtsein, Versorgtwerden - so gut gemeint und nützlich es sein mag - schafft objektiv zunächst Abhängigkeit und nicht Eigenverantwortung. Sie fördert das "Anspruchsdenken" und den cleveren Egoismus der Bürger gegenüber dem Zuteilungssystem und seinen Repräsentanten. Seit Jahren bekannt sind die vielfältigen Klagen über Versorgungs- und Qualitätsmängel bei Waren und Dienstleistungen fast aller Art, bei Wohnungen und in Krankenhäusern etc. Fehlplanungen, bürokratische Ineffizienz und Organisationsmängel vertiefen eine weitverbreitete Unzufriedenheit mit einer Fürsorgepolitik, die trotz kontinuierlich gestiegener Leistungen und Ausgaben sich dennoch ständig steigenden Ansprüchen und einem z.T. stagnierenden Niveau der Bedürfnisbefriedigung gegenüberstellt. Eine gewisse Versorgungshaltung und eine Mentalität des selbstverständlichen Mitnehmens (auch ganz buchstäblich aus dem Betrieb), der Wunsch nach einem differenzierteren und moderneren Warenangebot, nach mehr Freundlichkeit der Anbieter gegenüber dem Kunden schafft zunächst Konsumentenfrust, dann aber auch politische und massenpsychologische **Verdrossenheit**. Permanente Nörgelei und Resignation gehen einher mit Phasen relativer Zufriedenheit, der Freude über Verbesserungen und kleine Erfolge im Alltagsleben. Manche gewichtigen sozialpolitischen Errungenschaften werden dabei relativiert durch andere, oft "nur" momentane oder lokale Mängel "des Systems". Mindestens ein ständiges Grummeln und eine wachsende Entfremdung von Herrschaftssystem durchzieht die politische Kultur der DDR. Dennoch: Das hohe Maß an sozio-ökonomischer Gleichheit und sozialer Sicherheit als Ergebnis der Fürsorgepolitik des sozialistischen Paternalismus erleichtert vorläufig entscheidend das Arrangement der Bürger "mit dem System" oder "dem Leben in der DDR".

Paternalismus, politisches Verhalten und Lebensweise

Der Paternalismus sorgt allerdings wohl nicht in dem Maße für politisch-ökonomische Zufriedenheit und "Geborgenheit", für Arbeitsmotivation und "Identifikation mit unserem Staat", wie es die Bürokratie glauben machen möchte. Vielmehr dürfte wohl gelten: Soweit das Gefühl der "Geborgenheit" in der DDR besteht, dürfte es vor allem als persönlich-soziale Nähe in der Partnerschaft bzw. in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis, im Arbeitskollektiv und in lokal-kulturellen Bezügen begründet

sein, und in erst in zweiter Linie (aber sicher mehr als in der BRD!) durch Fürsorge- und Betreuungsleistungen von Partei, Staat und Massenorganisationen oder - bei einer Minderheit der Erwachsenen - durch "gesellschaftliche Aktivität" aufgrund einer inneren Übereinstimmung mit den SED-Staat und seiner Ideologie.

Hier hat sich ein Widerspruch in der politischen Kultur der DDR entwickelt: Einerseits propagiert die politische Führung in Wort und Tat das Leitbild des Bürgers, der materiell wohl versorgt ist, seine Konsummöglichkeiten genießt *und* - wesentlich erst ermöglicht durch seine ökonomische Absicherung - politisch-gesellschaftlich aktiv ist. Andererseits sind sich viele Beobachter darin einig, daß es unter den DDR-Bürgern eine ausgeprägte Orientierung an Konsum, Freizeitgenuß, privatem Wohlbefinden etc. gibt. Dies habe z.T. kompensatorischen Charakter, weil viele DDR-Bürger weithin "unpolitisch" oder "von der Politik entfremdet" seien. Das heißt hier: Sie sind nicht bereit zum intensiven politischen Engagement in den vorhandenen Institutionen, oberhalb des Loyalitäts- und Karriereminimums wie z.B. der Parteimitgliedschaft. In der Tat schaffen die umfangreichen sozialpolitischen Leistungen in vieler Hinsicht erst die materielle Basis für den vielfach beobachteten Rückzug in die "*private Nische*" (G.Gaus), für die 'Trennung von öffentlich und privat'. So gehören die vielen "Nischen" und kleinen Freiräume, gewährt oder erobert, inzwischen ganz selbstverständlich zu einem Paternalismus, der den Rückzug ins Private, die Konsumorientierung und den begrenzten Individualismus in Mode, Musik und kulturellem Schaffen als faktisch integrativ wirksam sein läßt.

Dahinter stehen nicht immer nur Absicht und bewußte Regie; sondern oft läßt der Paternalismus (unter Aufsicht) gewähren, was ohnehin nicht oder nur mit hohen Kosten aller Art kontrollierbar wäre, was nicht aufzuhalten ist oder was ganz einfach nicht mehr der Kontrolle bedarf. Paternalismus kann individuelle und z.T. auch gesellschaftliche Spontaneität, Autonomie und Dynamik "am langen Zügel" wirksam sein lassen, solange die Modi privater oder kollektiver Lebensgestaltung die "essentials" des Herrschaftssystems nicht in Frage stellen. Gaus verweist außerdem auf die wichtige Rolle gesellschaftlicher Selbstkontrolle. Kurzum: Nicht notwendig manipulativ, nicht allein durch Gratifikationen und Kontrolle, sondern auch durch die Verinnerlichung bestimmter Normen und Leitbilder wird eine gewisse Systemstabilität erreicht.

Dazu tragen wesentlich auch jene begrenzten Freiräume der Lebensgestaltung bei, die sich aus Prozessen der *Pluralisierung und Individualisierung in der Lebensgestaltung* der Bürger ergeben. Nicht zuletzt gibt es einen "natürlichen Konservatismus" bei all jenen "Konsumbürgern", die versorgt und betreut zugleich anspruchsvoll nach Besserem streben. Auch es gibt nicht nur das Neben- und Gegeneinander von "öffentlich" und "privat", sondern auch - verstärkt seit Anfang der 80er Jahre - das In- und Miteinander dieser "Denk- und Lebenssphären". Trennung und dialektische Einheit kennzeichnen die von so vielen beobachtete "Schizophrenie des Alltags", den "double

talk" zu Hause und "draußen", "unter uns" und gegenüber "Fremden". Diese widersprüchliche, individuell immer wieder neu herzustellende Einheit wird im Reden von der "Nischengesellschaft" viel zu wenig gesehen und als dynamischer Prozeß im Alltag untersucht. In dieser Hinsicht war dieser Begriff schon immer fragwürdig - und, nebenbei bemerkt, von Gaus nicht als systemspezifische Besonderheit der DDR, sondern als typisch für die politische Kultur in Deutschland angesehen. Und erleben wir z.Zt. nicht das langsame Ende der Nischengesellschaft, indem "die Menschen beginnen, aus ihren Nischen herauszutreten" (Gaus), vielfältig angeregt durch Gorbatschows Reformpolitik?

Das hohe Maß an garantierter sozio-ökonomischer Sicherheit (z.B. bei Arbeitsplätzen und Prämien oft relativ unabhängig von der tatsächlichen Leistung), der oft allzu politisch motivierte Charakter von Vergünstigungen und die bevormundende Überfürsorge von Staat und Partei führen aber noch zu weiteren Problemen auf dem Weg zur angestrebten sozialistischen Lebensweise der Bürger.

Bürokratisch-paternalistische, wohlwollende (oder auch disziplinierende) *Fremdbestimmung* kennzeichnet die Zuweisung von Bildungs- und Aufstiegschancen, von Positionen und Privilegien, von Wohnungen und Urlaubsplätzen oder von Reisegenehmigungen: "Sie werden plazierte - bitte warten Sie!" So werden viele Bürger in die Rolle des permanenten Antrag- und Bittstellers gedrängt - hoffend, bittend, wartend, drohend, verhandelnd, mit Geduld oder Wut, mit Verständnis oder Apathie, mit Dankbarkeit oder am Ende gar mit Ausreisep länen. *Nicht wenige Bürger fühlen sich, objektiv zu Recht, von der Bürokratie abhängig und bevormundet, ja z.T. entmündigt.*

Der sicher versorgte und gut betreute Bürger wird leicht - und das ist eine der Kehrseiten des sozialistischen Paternalismus - zu einem in Beruf und Öffentlichkeit oft unselbständigen, initiativenarmen und insgesamt wenig selbstbewußten "Versorgungsempfänger". (So wirkt es auf viele Beobachter.) Jedenfalls fördert die SED auf diese Weise nicht, was sie heute verstärkt fordert: Eigeninitiative und die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen; der Wille, mehr zu leisten und sich ständig weiter zu qualifizieren (zumal bei beschränkten Konsummöglichkeiten); Kreativität, Risiko- und Innovationsbereitschaft, Flexibilität und Mobilität; politisch-gesellschaftliches Engagement und eigenständiges Denken bei der Lösung sozialer Probleme.

Dennoch darf hier nicht der Eindruck entstehen, die Sozialpolitik der SED habe nur negative Folgen für die politische und Alltagskultur der DDR. Diese sozio-ökonomische Basis ermöglicht millionenfache *Qualifizierung, "Mitwirkung" und sozialen Aufstieg*. Neben der politisch-sozialen Konformität gibt es ein beachtliches Maß sozio-kultureller Afortkonformität und regional-lokaler Vielfalt, ebenso wie ein breites Spektrum

im tatsächlichen politischen Denken wie im Verhalten, zwischen "dafür und dagegen", zwischen "aktiv und passiv". Egalität und Differenzierung sind heute fast gleichrangige Prinzipien staatlicher Fürsorgepolitik. In den letzten Jahren entwickelte sich ein immer stärkerer Trend zur Individualisierung und gruppenspezifischen Ausgestaltung der Lebensweise, nicht nur im persönlich-privaten Lebensstil, sondern ansatzweise auch im beruflichen und politischen Verhalten.

DDR - spezifische Paradoxien entwickeln sich: Was heute sozio-ökonomisch, politisch und psychologisch für die individuelle Lebensgestaltung bereits möglich ist und an größeren Freiheiten denkbar wäre, was im Prozeß der Intensivierung und Leistungsorientierung der Wirtschaft an Einstellungen und Verhalten nötig ist, und was außerdem an Streben nach demokratischer Veränderung im Bewußtsein und in intensiven Diskussionen (z.B. auch innerhalb der SED!) vorhanden ist - all das steht oft noch gegen die Praxis des bürokratischen Paternalismus. Objektiv gefährden diese Widersprüche jedoch die Stabilität des Herrschaftssystems.

Zunehmend sieht sich die herrschende Bürokratie Legitimationsproblemen gegenüber - politisch, wirtschaftlich, sozial. **Ideologie und Legitimitätsansprüche werden immer fragwürdiger.** Die Fürsorge- oder Sozialpolitik ist die wohl wichtigste Legitimationsbasis. So gibt es zwar in der Bevölkerung durchaus eine gewisse Wertschätzung der sozialen Leistungen des DDR-Paternalismus. Sie werden jedoch primär als die eigenen und nicht als die "des Systems" oder der Senioren-Riege an der Spitze der SED empfunden und wie selbstverständlich hingenommen. Angesichts einer sich stabilisierenden Reformpraxis in Polen, Ungarn und der UdSSR verstärkt sich - bei allem Zweifel an den ökonomischen Erfolgsaussichten - langsam aber sicher auch bei den äußerlich weithin konformen, aber durchweg gut informierten und politisch aufmerksamen DDR-Bürgern ein **"kritisches Potential"**. Es wächst die Zahl öffentlich und organisiert aktiver Bürger, die nun endlich eine demokratischere Gesellschaft wollen, in der die Bürger über alle wichtigen politischen Fragen mitentscheiden können.

Diese Entwicklung ist nun schneller, dramatischer und radikaler eingetreten, als die meisten Bürger und Beobachter es je erwartet hatten. Eine Zeit der Befreiung, der Neugestaltung der Gesellschaft, aber auch eines schwierigen Übergangs von der gewohnten sozialen Sicherheit des sozialistischen Paternalismus zu den Risiken und Chancen kollektiver Wohlfahrt in einer sozialen Marktwirtschaft hat begonnen.

Anmerkungen

Vgl. die vorliegenden Studien des Verfassers:

1. Bürokratischer Sozialismus. Stuttgart 1977.
2. Sozialistische Systeme. Opladen 1979.
3. Das politische System der DDR. Dimensionen der Politik, Arbeitsbuch; Lehrhandbuch zus. mit R. Kruska, 2 Bände Frankfurt/M. 1985, 1990.
4. Perspektiven des Sozialismus oder Sozialismus ohne Perspektive? Entwicklungstendenzen und Widersprüche in der DDR-Gesellschaft. In: Meyer, Gerd/Schröder, Jürgen (Hg.): DDR heute. Wandlungstendenzen und Widersprüche einer sozialistischen Industriegesellschaft. Tübingen 1988, S. 11-38.
5. Der versorgte Mensch. In H.G. Wehling (Red.): Politische Kultur in der DDR. Stuttgart 1989, S. 11-38.
6. Sozialistischer Paternalismus - Strategien konservativen Systemmanagements am Beispiel der DDR. In: Rytlewski, R. (Hg.): Politik und Gesellschaft in sozialistischen Ländern. PVS - Sonderheft 20. Opladen 1990, S. 425-448.